



aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

Generalaussprache zum Bundeshaushalt 2020

Merkel: Hass und Hetze sind keine Meinung!

Höhepunkt der Haushaltsberatungen im Bundestag ist der Etat für das Bundeskanzleramt. Diese Generalaussprache nutzten Kanzlerin Angela Merkel und Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus, um auf die Bedeutung von Sicherheits- und Wirtschaftspolitik hinzuweisen. Die Bundeskanzlerin warnte davor, die NATO im 70. Jahr ihres Bestehens in Frage zu stellen. Sie sagte, der Erhalt der NATO sei „in unserem ureigensten Interesse“. Deutschland müsse im Bündnis „mehr Verantwortung übernehmen“.

Mehr Geld für die Bundeswehr

In der Generaldebatte des Bundestages zum Haushalt 2020 bekräftigte die Kanzlerin, dass Deutschland seine Verteidigungsausgaben – wie auf dem NATO-Gipfel in Wales 2014 vereinbart – auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigern werde. Diese Marge wolle man bis Anfang der 2030er Jahre erreichen, kündigte sie an. „Darauf kann man sich verlassen.“ Auch Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus verlangt mehr Geld für die Truppe. „Die Bundeswehr muss stark sein.“ Dafür brauche sie die entsprechenden Mittel. Im Haushalt 2020 sind 1,42 Prozent des Bruttoinlandsproduktes BIP für den Etat der Bundeswehr veranschlagt.

Europäischen Pfeiler der NATO ausbauen

Merkel nahm den bevorstehenden Londoner Gipfel zum 70-jährigen Bestehen der NATO als Anlass für ihren Appell zum Erhalt des Bündnisses. Auch weil die USA in ihrem internationalen Engagement zurückhaltender geworden seien, müsse der europäische Pfeiler der NATO ausgebaut werden. Die Bundeskanzlerin warb dafür, den „schwierigen Partner Türkei“ als NATO-

Mitglied zu halten, weil er „von geostrategischer Bedeutung“ sei.

Weichen für Digitalisierung stellen

In ihrer Rede ging Merkel auch auf den Transformationsprozess der Wirtschaft im Zuge der Digitalisierung und des Kampfs gegen den Klimawandel ein. Für diesen Transformationsprozess müsse die Politik die Weichen stellen, damit Deutschland im internationalen Wettbewerb bestehen könne, damit Wohlstand und Arbeitsplätze erhalten blieben, sagte die Kanzlerin. Es sei wichtig, „dass wir verstehen, dass der neue Rohstoff die Daten sind“, betonte sie.

Renaissance der Wirtschaftspolitik

Brinkhaus sieht im Maßnahmenpaket gegen den Klimawandel eine „große Chance für unsere Wirtschaft, wenn wir auf Technologie und Innovation setzen“. Um den Transformationsprozess zu begleiten, werde eine „Renaissance der Wirtschaftspolitik“ gebraucht. Unter anderem forderte der Fraktionsvorsitzende eine Unternehmenssteuerreform, eine Entschlackung des Planungs- und Vergaberechts sowie die Digitalisierung der Verwaltung. Auch das Arbeitsrecht müsse endlich auf die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts zugeschnitten werden.

Hass und Hetze sind keine Meinung

Unter Verweis auf den Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke und dem Angriff auf die Synagoge in Halle wandte Merkel sich gegen die zunehmende Verbreitung von Hass und Hetze im Netz. „Die Meinungsfreiheit kennt Grenzen. Und die beginnen da, wo gehetzt wird, da wo Hass verbreitet wird. Die beginnen da, wo die Würde anderer Menschen verletzt wird“, sagte sie. „Und dagegen werden und müssen wir uns stellen in diesem Hause.■“

Landwirtschaft und Gesellschaft wieder zusammenführen

Am Dienstag fand in Berlin eine Großkundgebung von Landwirten aus ganz Deutschland statt, die mit Tausenden Traktoren in die Hauptstadt gefahren sind. Viele Landwirtschaftspolitiker der Unionsfraktion nutzen die Gelegenheit, mit den Landwirten zu diskutieren, denn es ist immer gut miteinander statt übereinander zu reden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will Landwirtschaft und Gesellschaft zusammenführen. Es ist die Leidenschaft für ihren Beruf, die die Landwirte auf die Straße treibt. Sie versorgen uns nicht nur mit hochwertigen Lebensmitteln. Sie sind auch Umwelt- und Naturschützer und wollen ihren Betrieb in gutem Zustand an die nächste Generation übergeben.

Die ganz große Mehrheit der Landwirte arbeitet in Familienbetrieben sieben Tage die Woche. Sie vermissen die gesellschaftliche Wertschätzung, die ihre Arbeit verdient. Bei vielen Landwirten ist der Eindruck entstanden, dass politische Entscheidungen über ihre Köpfe hinweg getroffen werden. Beispiele dafür sind die erneute Überarbeitung der Düngeverordnung und das Aktionsprogramm Insektenschutz. Mit der Union wird es das Aktionsprogramm Insektenschutz in der vorgelegten Form nicht geben, denn wir lehnen großflächige Bewirtschaftungsauflagen und Unterschutzstellungen ohne Ausgleich ab. ■

Auswirkung von Kinderrechten im Grundgesetz gründlich prüfen

Bundesjustizministerin Christine Lambrecht hat in dieser Woche ihren Gesetzesentwurf zur Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz vorgestellt. Die Unionsfraktion wird sehr genau prüfen, ob dieser Vorschlag das wohl austarierte Verhältnis zwischen Kindern, ihren Eltern und dem Staat tatsächlich erhält. Eine Schwächung der Stellung der Eltern wird es mit der Union nicht geben. Aufgrund möglicher Auswirkungen der Neufassung des Grundgesetzes auf die Familie als Keimzelle unserer Gesellschaft werden wir die notwendige Prüfung mit äußerster Sorgfalt angehen. Gründlichkeit geht eindeutig vor Schnelligkeit. Verfassungsänderungen sind immer mit

größtmöglicher Vorsicht vorzunehmen. Möglicherweise ist es sinnvoller, ganz konkrete gesetzliche Maßnahmen zum Schutz unserer Kinder zu beschließen, als eine offene Formulierung im Grundgesetz zu verankern. ■

Krichbaum übernimmt Vorsitz der Deutsch-Französischen Parlamentariergruppe

Gunther Krichbaum übernahm am Dienstag den Vorsitz der Deutsch-Französischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag. Sein Vorgänger war der Konstanzer CDU-Abgeordnete Andreas Jung.

Deutschland und Frankreich sind nicht nur Nachbarn und wirtschaftlich eng verbunden, sondern auch die Motoren der Europäischen Einigung. Deshalb ist eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit unserer beiden Länder so wichtig. Wir Abgeordnete wollen dabei mithelfen, unsere Partnerschaft weiter auszubauen. Die deutsch-französische Parlamentariergruppe wurde 1959 gegründet und ist mit 70 Abgeordneten die größte europäische Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag. Spiegelbildlich besteht auch in der Assemblée nationale eine Französisch-Deutsche Freundschaftsgruppe. Insgesamt bestehen im Deutschen Bundestag 54 Parlamentariergruppen, die einen entscheidenden Beitrag zum internationalen Dialog des Parlaments leisten. ■



Foto: Gunther Krichbaum, Christophe Arend (Vorsitzender der Französisch-Deutschen Freundschaftsgruppe in der Assemblée nationale, Anne-Marie Descôtes, Botschafterin von Frankreich, Andreas Jung MdB.